

BUCHBESPRECHUNG

Zu den Grenzen des Reichtums

REZENSENT*

Martin Schürz

WERK

Robeyns, Ingrid (2024).

Limitarismus. Warum Reichtum begrenzt werden muss.

Frankfurt am Main, S. Fischer Verlag. 377 Seiten. Gebundenes Buch. 26,00 EUR.

ISBN 978-3-10-397162-0

ZUSAMMENFASSUNG

In ihrem viel beachteten Buch „Limitarismus. Warum Reichtum begrenzt werden muss“ argumentiert Ingrid Robeyns für die Notwendigkeit einer Grenzziehung bei Privatvermögen. Das Buch ist allen Aktivist:innen gewidmet, die gegen Ungerechtigkeit kämpfen.

Robeyns handelt viele Probleme der eklatanten Vermögenskonzentration in leicht verständlicher und gut lesbarer Form ab. Das Buch bietet eine Einführung in viele Themen sozialer Ungleichheit und hat den Anspruch, mithilfe ihres Ansatzes des „Limitarismus“ zu Lösungen für die drängenden Probleme unserer Zeit, wie den Klimawandel und soziale Ungleichheit, beizutragen.

DOI

10.59288/wug503.269

Ingrid Robeyns ist Professorin für Ethik an der Universität Utrecht. Ihre Doktorarbeit schrieb sie bei Amartya Sen, dem indischen Ökonomienobelpreisträger. In „Limitarismus. Warum Reichtum begrenzt werden muss“ argumentiert sie die Notwendigkeit einer Grenzziehung bei Privatvermögen.

Ingrid Robeyns spricht von „Limitarismus“. Sie begnügt sich nicht mit einer Grenze beim

Vermögen, sondern stellt generell Grenzziehungen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Doch hat eine Obergrenze das Potenzial, eine gemeinsame moralische Orientierung zu bieten, oder wird nur gegen Vermögende moralisiert?

Materielle Grenzziehungen bei Sozialtransfers für arme Menschen sind so selbstverständlich, dass deren Fragwürdigkeit kaum

* **Martin Schürz:** Die BOJE, Ambulatorium für Kinder in Krisen
Kontakt: martinschuerz1@gmail.com

noch auffällt. In der obszön anmutenden politischen Debatte zur Mindestsicherung wird etwa behauptet, dass zur Arbeitsmotivation und zum Gerechtigkeitsempfinden der lohnarbeitenden Menschen niedrige (oder noch niedrigere) Sätze unter der Armutgefährdungsschwelle bei den Sozialtransfers notwendig seien. Einkommensgrenzen bei den Ärmsten werden moralisch (Faulheit), ökonomisch (budgetäre Engpässe) und kulturell begründet.

Materielle Grenzziehungen für reiche Menschen hingegen werden mehrheitlich beansprucht. Eine Vermögensobergrenze widerspreche dem Freiheitsprinzip und führe unweigerlich zu Kapitalflucht der Vermögenden. Gemeint ist allein die Freiheit zur Vermögensmehrung. Politisch wird dem Staat zumeist nicht einmal mehr zugetraut, eine Vermögen- oder Erbschaftsteuer tatsächlich effektiv umsetzen zu können.

Die Macht von Reichen ist evident. Sehr vermögende Menschen können Regierungsgliedern ihre Anliegen persönlich vortragen, den Gesetzwerdungsprozess beeinflussen und über ihnen wohlgesonnene Medien ihre Sicht der Dinge mehrheitsfähig werden lassen. Doch die Macht der Vermögenden defaitistisch hinzunehmen hieße konsequenterweise auch, den Glauben an eine funktionierende Demokratie aufzugeben. Ohne Verständnis der Notwendigkeit von Vermögensobergrenzen kann kein rationaler Diskurs zu Werten in der Gesellschaft entstehen. Zuerst muss demokratisch besprochen werden, wann viel zu *viel* ist. Ansonsten wird allzu leicht nur interessengeleitet ideologisiert (innovative private Unternehmer:innen versus einen bevormundenden bürokratischen Staat). Oft geht es dann in Debatten zur sozialen Ungleich-

heit nur um die Entgegensetzung von privatem Eigentumsschutz versus Umverteilungssapellen. Dies greift thematisch bei Weitem zu kurz, und es dominieren faktisch die Interessen der Mächtigen.

Mag das Streben vieler Menschen ein olympisches sein (*citius, altius, fortius*), so ist doch der Boden begrenzt, die natürlichen Ressourcen sind es, und auch unsere Lebenszeit auf Erden ist limitiert. Limitarismus macht demnach auf ein evidentes Faktum aufmerksam.

Zehn Millionen Euro seien genug, meint Robeyns. Warum gerade zehn Millionen Euro? Reichen nicht sechs Millionen, oder sind vielleicht doch 20 Millionen Euro nötig? Bei vielen Steuervorschlägen ist von einer Freibetragschwelle von einer Million Euro die Rede, und außer der konventionellen – bereits historisch erblassenden – kulturellen Bedeutung der Million gibt es schlicht keine rationale Begründung für eine solche Grenze. Willkürliche politische Grenzziehungen machen ein schwieriges Thema zu einer Bauchgefühlinschätzung.

Der deutsche Philosoph Christian Neuhäuser hat in seinem Buch „Reichtum als moralisches Problem“ auch die Frage behandelt, ab wann Reichtum moralisch problematisch wird (Neuhäuser 2019). Wo sollen wir eine Grenze zwischen legitimem und illegitimem Reichtum ziehen? Auch er rückt ein unethisches Verhalten von Reichen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen, nur setzt er seine Grenze bereits bei 10.000 Euro monatlichem Einkommen.

In „Nature Sustainability“ findet sich recent ein interessanter Aufsatz von Paul Bain und Renata Bongiorno über die problemati-

sche Annahme von unbegrenzten Wünschen (Bain/Bongiorno 2024). Personen in 33 Ländern wurden gefragt, wie viel an Vermögen sie für ein ideales Leben benötigen würden. In 86 % der Länder nannte die Mehrheit der Bevölkerung zwar zehn Millionen oder weniger als nötig für ein perfektes Leben, doch 8 % bis 39 % über die Länder wollten grenzenlosen Reichtum. Nicht alle Menschen wird eine Grenzziehung überzeugen.

„Steuerlich ist es günstiger, vom Kapital zu leben als von Schweiß und Plackerei“ (118), formuliert Robeyns und belegt so anschaulich die Schiefelage im Umgang des Staates mit Lohnarbeiter:innen und reichen Erb:innen. Einige wenige Vermögende können das Steuersystem zu ihren Gunsten prägen. „Extremer Reichtum untergräbt die Demokratie“ (121) ist daher auch der Titel eines Schlüsselkapitels in „Limitarismus“. Robeyns ist sich der tiefen Problemdimension von Vermögenskonzentration bewusst. Sie schreibt, dass Reiche sogar ihr Wahlrecht aufgeben könnten und immer noch über ihre Denkfabriken und deren ideologisch gefärbte Forschung ihre Interessen wirksam verfolgen können.

Wir sollen die Mantras „Gier ist gut“ (319) und „[D]er Himmel ist die Grenze“ (319) aufgeben, appelliert Robeyns an ihre Leser:innen. Privates Vermögen könnte für gesellschaftlich nützliche Angelegenheiten verwendet werden. Dies klingt unmittelbar einleuchtend. Wäre unser aller Leben nicht angenehmer ohne Gier und ohne grenzenlose Jagd nach Geld und Macht? Doch gerade dies ist eine Schwäche von ethischen Argumentationen.

Erstens gelten diese Überzeugungen nicht für alle Menschen. Auch das Machtstreben und die Gier sind ungleich verteilt. Viele Leu-

te, die etwa im Sozialbereich arbeiten, haben kein Problem mit Gier, oder sie haben es durch ihre Berufswahl schlicht gelöst. Die Welt ist zum Glück nicht voller Narzisst:innen mit einem entleerten Selbst, die andere Menschen abwerten müssen. Und dass nur der Himmel eine Grenze ziehe, glauben wohl nicht einmal Leute wie Elon Musk oder Peter Thiel mit ihren Mars- und Unsterblichkeitsprojekten.

Und zweitens, und dies ist noch kritischer zu sehen, wird die Machtfrage von Robeyns durchgehend vernachlässigt. Im Schlagwortverzeichnis zu „Limitarismus“ etwa findet sich kein einziger Eintrag zu Macht. Die klassenspezifische Problematik der Machtfrage wäre aber evident. Es gibt wenige Mächtige und viele Ohnmächtige. Ein:e Mindestsicherungsbezieher:in glaubt sicherlich nicht, dass der Himmel die Grenze sei. Dafür werden Arme viel zu häufig beschämt. Es ist Gier, verknüpft mit Macht, welche ein eklatantes gesellschaftliches Problem bildet. Gier in Kombination mit Ohnmacht hingegen führt zu psychischen Krankheitsbefunden von einzelnen Leidenden. Beide Probleme müssen unterschieden werden.

Robeyns argumentiert, dass es den Reichen in einer Welt, welche die Lektionen des Limitarismus beachtet, besser gehen würde als in der gegenwärtigen Gesellschaft (Kapitel 9). Diese Behauptung hört man oft in ähnlicher Weise, etwa auch von Befürworter:innen einer Vermögensteuer. Allein es bleibt eine fragwürdige Vermutung, weil in Wirklichkeit nur die betroffenen Reichen dies selbst beantworten könnten. Robeyns kann als Ethikerin nur hoffen, dass Reiche diesen Gedanken zu übernehmen bereit sind, aber sie kann dies nicht unterstellen. Empirisch findet sich für ein gerechtigkeitsgeleitetes Umdenken von Eliten

kaum Evidenz. Trotzdem werden in Anekdoten immer dieselben weisen und gütigen Reichen und deren philanthropische Wohltaten angeführt. Warren Buffet, Abigail Disney und einige Milliardäre von „Tax Me Now“ figurieren dann als Kronzeug:innen der Vernunft der Vermögenden.

Gegen die Philanthropie argumentiert Robeyns überzeugend. Philanthropie mag ein erfolgversprechendes Rezept gegen aufkeimende Schuldgefühle von vermögenden Menschen sein, aber Wohltaten ersetzen keine Demokratie. Die Mehrheit der Vermögenden huldigt weiterhin dem Profitstreben und der Vermögensakkumulation. Warum sich dies nach ethischen Appellen ändern sollte, bleibt offen. Die Lobbyorganisationen der Vermögenden setzen sich jedenfalls nicht für eine vernünftige Begrenzung des Privatvermögens ein. Die Vermögenden trennen zumeist den schöngeistigen und ethisch angehauchten Diskurs am Abend von ihren Geschäftsinteressen untertags. Es ist schon schwierig, Menschen davon zu überzeugen, dass Überreiche ihnen schaden. Noch schwieriger ist es, Überreiche davon zu überzeugen, dass es besser für sie sei, gegen ihre materiellen Eigeninteressen zu handeln.

In einer funktionierenden Demokratie wäre es grundsätzlich ausreichend, wenn sich bei einer ungleichen Vermögensverteilung die Mehrheit der Bevölkerung empathisch für die Anliegen der Ärmsten zeigt. Die Vermögenden müssten materielle Einbußen hinnehmen und sollten nur durch ihr Wahlverhalten dagegen opponieren dürfen, denn alle ihre anderen Machtinstrumente (Medieneigentum, Lobbyismus, Parteispenden ...) sind problematisch.

Doch Robeyns ist anderer Ansicht und meint, dass wir uns um das psychische Wohlergehen der Superreichen ebenso kümmern sollen wie um das Befinden der Armen. Nur weil Reiche mehr Geld und Macht hätten, seien sie psychisch genauso verletzlich wie wir. Sie zitiert in ihrem Buch Sam Polk, einen ehemaligen Börsenmakler, der von einer „Reichtumsucht“ (282) spricht.

Doch für die Bekämpfung individueller Süchte braucht man Psychotherapeut:innen und Psycholog:innen. Ein Beispiel: Hat ein:e Vermögende:r statt 30 Milliarden Euro nur mehr drei Millionen Euro, wird er:sie psychisch vielleicht leiden. Vielleicht fühlt er:sie sich schuldig, dass es zu diesem Verlust gekommen ist, oder er:sie hat Angst hinsichtlich der Zukunft. Materiell kann er:sie sich aber eine Psychotherapie zu den individuellen Themen dieses Verlusts leisten. Ein:e Geflüchtete:r, dessen:deren Taschengeld von monatlich 40 Euro auf nur mehr 20 Euro gekürzt werden soll, wird hingegen um ein halbwegs würdiges Überleben kämpfen müssen.

Sozialwissenschaftler:innen haben andere Aufgaben, etwa die Handreichung von empirischen Befunden an gesellschaftskritische Aktivist:innen. Doch Robeyns sieht ihr eigenes Denken eher durch Aktivist:innen und deren Vorschläge gestützt, als dass sie engagierten Menschen Rezepte verschreiben würde. Allein der Tenor des Buches will Hoffnungen stärken, indem die Autorin auf die vielen vorhandenen Ideen zur Gesellschaftsveränderung verweist.

Diese unterschiedlichen Wertsetzungen in der Gesellschaft wären jedoch zuerst zu besprechen. Eine Problematisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse von Ausbeutung,

Entfremdung und Kommerzialisierung zielt etwa auf einen radikaleren Ansatz als die üblichen – keineswegs radikalen – Ideen zur Umverteilung.

Zwei Kritikpunkte am ethischen Konzept des Limitarismus will ich abschließend noch erwähnen:

Grenzen sind notwendig, aber sie sind unbeliebt. Wer Kinder hat, weiß um die schwierige Aufgabe von Eltern in der Kindererziehung. Als Kinderpsychotherapeut in einem Ambulatorium kenne ich die Wichtigkeit eines schützenden Rahmens für traumatisierte Patient:innen. Bei Grund und Boden ist die Notwendigkeit einer Begrenzung sowieso evident. Doch wer soll im Limitarismus die Aufgabe der Grenzsetzung übernehmen?

Es scheint, dass Robeyns von dem Konzept von Occupy Wallstreet ausgeht und 99 % (vorgleichlich „wir“) gegen uneinsichtige 1 % in Stellung bringen will. Doch „wir“, die Nicht-Supperreichen sind keine homogene Klasse mit einem gemeinsamen Klasseninteresse. Zwischen den Ärmsten in einer Gesellschaft und den Immobilieneigentümer:innen mit Wochenendhäusern und zwei Pkws gibt es viele Interessendifferenzen. Zwischen Mindestsicherungsbezieher:innen und Niedrigeinkommensbezieher:innen werden jene Gerechtigkeitsdiskurse ausgetragen, die zwischen ganz unten und ganz oben in der Gesellschaft vernünftigerweise besprochen werden sollten. Allzu oft engen Journalist:innen und ökonomische Expert:innen – oft selbst aus der oberen Mittelschicht – dieses „wir“ auf ihr eigenes Milieu ein. Erkennbar ist dies dann an der Bescheidenheit ihrer wirtschaftspolitischen Vorschläge und an der fehlenden kritischen Reflexion der Beschränktheit der Perspektive.

In meinem Buch „Überreichtum“ (Schürz 2019) gewichte ich das Streben der Menschen nach Grenzüberschreitung und Grenzenlosigkeit viel stärker. Wer vom Menschen ausgeht, wie er ist, und nicht vom Artefakt, wie er sein soll, wird eine andere Welt sehen. Viele Menschen – nicht alle – sind von Neid und Gier zerfressen. Ihre verfehlte Suche nach Anerkennung kennt nur ein Machtstreben. Sie streben nach Dominanz und träumen von unendlicher Sicherheit und ewigem Wohlstand. Beides ist in einem endlichen Leben mit endlichen Ressourcen nicht zu haben. Nur eine Demokratie kann diesen Fehlentwicklungen so Grenzen setzen, dass sie für alle als legitim gelten. Das Faszinosum von Luxus und Reichtum hingegen ist schwer zu leugnen. Gegen Luxus muss es auch nicht gehen. Eine klare Absage an die Möglichkeiten des Machtmissbrauchs durch ein zu viel an Vermögen würde ausreichen.

Dieses Spannungsverhältnis wird in einem gut gemeinten ethischen Ansatz aber geleugnet. Gemäß Limitarismus müssten am Ende alle übereinstimmen. Angesichts von Interessengegensätzen, unterschiedlichen Psychen und verzerrten Machtverhältnissen ist dies wenigstens naiv – jedenfalls ist es hinsichtlich des Status quo affirmativ.

Wenn sich angesichts des faktischen Überreichtums aber nur noch Parteien finden, die ethische Appelle formulieren (nach mehr Gerechtigkeit, mehr Chancengleichheit, nach einem kleinen Beitrag der Reichen), dann wird die Macht der Überreichen nicht tangiert.

Abschließend eine persönliche Beobachtung: Viele Autor:innen, welche die Folgen der Vermögenskonzentration problematisieren, suchen Kronzeug:innen aus der Schicht der Vermögenden, welche die Dinge ähnlich sehen. Bei

Ingrid Robeyns ist dies etwa Abigail Disney. Als Individualpsychologe vermute ich, dass sich hier ein Minderwertigkeitsgefühl von Gesellschaftskritiker:innen gegenüber den Reichen zeigt. Würde dies reflektiert werden,

so würde die Machtdimension von Vermögen ernster genommen werden. Der gesellschaftliche Ausblick wäre dann pessimistischer, die Analyse jedoch realistischer.

LITERATUR

Bain, Paul/Bongiorno, Renata (2024). Evidence from 33 countries challenging the assumption of unlimited wants. *Nature Sustainability* 5, 669–672. <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00902-y>.

Neuhäuser, Christian (2019). Reichtum als moralisches Problem. STW.

Schürz, Martin (2019). Überreichtum. Frankfurt/New York, Campus Verlag.